

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonnt. und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kufke
Geschäftsstelle: Herford,
Rheinstraße 29/31



Verantwortl. Hr. 63 und 191
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Wekamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 146.

Herford, Donnerstag, den 24. Juni 1920

38. Jahrgang.

Die Krisenkrise.

Heute Nacht ist die mühsam zustande gekommene Verhandlung zwischen dem neuen Reichskanzler Fehrenbach und den drei neuen Koalitionsparteien der Mitte wieder in die Brüche gegangen. Die Schuld daran trägt die Mehrheitssozialdemokratie. Sie hat sich geweigert, der neuen Regierung nach ihrer Vorstellung im Reichstag ein positives Vertrauensvotum auszusprechen. Ohne ein solches Vertrauensvotum der Mehrheitssozialdemokratie ist aber die neue Regierung außerstande, nach Spaas zu gehen. Denn die dort vertretenen Entente-mächte sind zu sehr in parlamentarischen Regierungsformen geschult, daß sie eine Regierung nicht für verhandlungsfähig ansehen können, die nicht auf einer breiten parlamentarischen Vertrauensbasis aufgebaut ist. Ohne die Zustimmung der Mehrheitssozialdemokratie bleibt die neue Koalition eine Regierungsminderheit. Selbst wenn die Deutschnationalen geschlossen ihr das Vertrauen ausdrücken, wäre noch immer keine Mehrheit vorhanden. Die Vertrauensumgebung der Deutschnationalen würde aber außerdem in den Augen der Franzosen und Engländer mehr schaden als nützen.

Die Mehrheitssozialdemokratie hat das alles gewußt. Deshalb haben sich ihre hervorragenden Führer Müller und Boebe auch von vornherein den Demokraten gegenüber dafür stark gemacht, daß ihre Fraktion in Rücksicht auf Spaas und auf die innerpolitische Lage der neuen Regierung in positiver Form ein Vertrauensvotum aussprechen werde. Diese beiden Führer sind mit drei anderen besonnenen Männern bei der entscheidenden Fraktionsabstimmung der Mehrheitssozialdemokratie in der Minderheit geblieben.

Die Demokratische Partei hatte zur gleichen Stunde, da die Sozialdemokraten sich verantwortungsvoll den Vaterland verweigerten, durch ihren Parteiausschuss, trotz erheblicher Bedenken beschlossen, in der Not der Gegenwart die Regierung der Mitte durch ihre Beteiligung zu verstärken. Der Beschluß, das Ergebnis vieltätiger eingehender Besprechungen zwischen der demokratischen Reichstagsfraktion und den Parteivertretern aus dem Lande, war zweifellos, weil nach der Entscheidung der Mehrheitssozialdemokratie die neue Regierung keine parlamentarische Vertrauensmehrheit hinter sich haben würde. Unter diesen Umständen mußte die demokratische Bereitwilligkeit zum Beitritt zur Koalition von Zentrum und Deutscher Volkspartei in zwölfter Stunde wieder zurückgezogen werden.

Am Mittwoch vormittag herrschte in Berlin wieder vollendete Ratlosigkeit. Alle Fraktionen hielten im Reichstag Sitzungen ab und die Unterhändler der drei Mittelparteien gingen beim Reichskanzler Fehrenbach aus und ein. Jede Stunde fast brachte ein anderes Bild. Herr Fehrenbach selbst und der Reichspräsident Ebert wollten sich bemühen, die Mehrheitssozialdemokratie, trotz ihres Beschlusses zur Annahme einer Resolution zu bestimmen, die vielleicht nicht in der Form, aber im Inhalt auf eine Vertrauensumgebung des Reichstags für die neue Regierung hinausläufe. Beide hatten also vorläufig an der Regierung der Mitte fest. Andererseits glaubt man, daß die Deutsche Volkspartei bezüglich der von ihr in Vorschlag gebrachten Wünsche für die Kabinettsbildung, ebenfalls Konzessionen zu machen geneigt ist, weil angesichts der ersten Situation niemand die Verantwortung für ein Scheitern der ganzen Koalitionsbildung übernehmen möchte. In den Fraktionen wurden dagegen bereits andere Möglichkeiten erwogen. Man sprach von einer Koalitionsregierung des Zentrums und der Demokraten, die das Vertrauen der beiden Anführerparteien links und rechts vielleicht eher erhalten würde, als eine Regierung der drei Mittelparteien. Diese Kombination sei umso leichter denkbar, als ja die Deutsche Volkspartei schon vor dem Misstrauensvotum der sozialistischen Mehrheitsfraktion von der Koalition freiwillig zurückgetreten sei, weil ihr die präsentierte Ministerliste Fehrenbachs nicht zusagte. Es wurde auch als allerletzter Ausweg die einseitige Wiederherstellung der alten Regierungsmehrheit erwogen, für die innerhalb der Sozialdemokratie neuerdings etwas mehr Stimmung vorhanden sein soll. Schließlich gingen auch Gerüchte, daß die Verhandlungen zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängigen über Bildung einer sozialistischen Regierung wieder aufgenommen seien. Bestimmte Entscheidungen waren auch am Mittwoch nachmittag noch nicht gefallen. Zweifellos werden noch mehrere Tage vergehen, bis die Lösung der Krise in der Krise vollständig gelungen ist.

Das Programm der Sozialdemokraten.

L. U. Berlin, 23. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag mit der Frage der grundsätzlichen Stellungnahme zu der in der Bildung begriffenen neuen Regierung. Nachdem die Genossen Hermann Müller und Böbe über die bisherigen

Das Neueste vom Tage.

Die französische Regierung sah sich veranlaßt, die Verstärkung der Besatzungsarmee der Pfalz auf 25 000 Mann französische Truppen anzuordnen.

Die Interalliierte Kommission verbot vorläufig den Steuerabzug vom Lohn im besetzten Gebiet.

Noch immer schmachten Hunderte von deutschen Kriegsgefangenen in französischer Gefangenschaft. Die Angaben über die Zahl der zurückgehaltenen Deutschen schwanken zwischen 500—800. Allein im Zentraljüdischen in Avignon befinden sich 421 Deutsche. Ihr Los ist zweifelhaft.

In Württemberg wird von der deutsch-demokratischen Landtagsfraktion Kultusminister Dr. v. Hiber als Staatspräsident vorgeschlagen.

Pacelli ist zum Nuntius in Deutschland ernannt worden.

Nach belgischen Meldungen aus Berviers sind 19 neue Verhaftungen in der Gegend von Namur erfolgt. Die Verhafteten sind angeklagt, Mitglieder einer deutschen Organisation für die Propaganda gegen Belgien zu sein.

Nach englischen Berichten soll über die Höhe der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen noch kein Beschluß vorliegen. Lord George habe erklärt, daß es ein tatsächlicher Fehler sei, heute schon die Ziffern zu nennen, da man die Deutschen nach Spaas kommen lassen müsse, um ihre Vorschläge entgegen zu nehmen.

Der dänische Reichstag wird zum 5. Juli aufgelöst werden. Die Neuwahlen sind auf den 6. Juli festgesetzt.

Der russische Frontbericht meldet weitere Erfolge gegenüber den Polen.

Verhandlungen berichtet hatten, wurde nach mehrstündiger Debatte, an der sich gegen 20 Redner beteiligten, gegen fünf Stimmen beschlossen, bei der Vertrauensabstimmung zu der Abgabe der Regierungserklärung folgende Stimmhaltung zu fassen: Die Fraktion glaubt bei Erwägung aller Gegenstände nicht weitergehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihrer Auffassung nicht verträgt. Die Fraktion beabsichtigt, ihre Stimmhaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spaas keine Schwierigkeiten erwachsen.

Von diesem Beschluß wurde dem Parteiausschuss Kenntnis gegeben, der auch angesichts der neuen Situation das der Fraktion ausgesprochene Vertrauen ausdrücklich erneuerte.

Die demokratische Fraktion hat noch gestern Abend zu dem Beschluß der Sozialdemokraten Stellung genommen. Man war sich, wie die demokratische Parteikorrespondenz in später Nachtstunden berichtet, darüber klar, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spaas verhandeln könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe. Der demokratische Parteiausschuss nahm von diesem Beschluß der Fraktion zustimmend Kenntnis.

Berlin, 23. Juni. Der „Vorwärts“ dementiert das Gerücht, daß Fehrenbach seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt hat. Fehrenbach sei durch die Ernennung Reichskanzler geworden. Er könne also nur demissionieren. Das habe er nicht getan. Er sei vielmehr bestrebt, eine Regierung zu schaffen und verhandle weiter. Das allgemeine Bewußtsein, das schließlich, und zwar sehr bald, eine Regierung zustande gebracht werden müsse, sei den Aussichten für die Verhandlungen förderlich.

Köln, 22. Juni. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ schreibt zum Ende der Koalition: „Es darf uns keinen Augenblick einfallen, unsere Vergangenheit zu verleugnen, und auch darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen, daß die Wiederbeteiligung an den Regierungsgeschäften oder ihre alleinige Übernahme für uns nur eine Frage der augenblicklich gegebenen politischen Umstände ist; daß wir es als die natürliche Aufgabe unserer Partei betrachten, nicht nur zu opponieren und zu kritisieren, sondern unter vollster Einwirkung der gegebenen Nachmöglichkeiten praktische Arbeit im Dienste des arbeitenden Volkes zu leisten, daß wir natürlich unsere Beteiligung an den Regierungsgeschäften nicht ablehnen werden in dem Augenblick, in dem uns diese Beteiligung praktischen Erfolg versprechen wird.“

Der Präsidentenposten im Reichstag.

mtb. Berlin, 23. Juni. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig beschlossen, Anspruch auf den Präsidentenposten des Reichstages dringend zu erheben und dafür den ehemaligen Vizepräsidenten Boebe vorzuschlagen.

Schiffer demokratischer Fraktionsvorsitzender.

Berlin, 23. Juni. Die demokratische Fraktion hielt heute nachmittag, wie die übrigen Fraktionen, eine Sitzung ab, in der Schiffer zum Vorsitzenden und die Abgg. Peterßen und Erkelens zu stellvert. Vorsitzenden gewählt wurden.

Preussische Landesversammlung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr nachmittags eröffnet. Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) hat wegen seiner Wahl in den Reichstag sein Mandat niedergelegt.

Zum Gedächtnis des verstorbenen Abg. Dr. Friedberg, der dem preussischen Parlament über 30 Jahre angehört hatte, erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Aufhebung des Ständesvorrechte des Adels und Auflösung der Hausvermögen. Danach sollen u. a. aufgehoben werden, das Recht eigener Gerichtsbarkeit, das Recht auf die Prädikate königliche Hoheit, Durchlaucht usw.; ferner ist das in Preußen befindliche Hausvermögen von den betreffenden Familien bis zu einem bestimmten Termin aufzulösen. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung gegen einen Teil der Rechten angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. Die Berufung in die Stellung der Abteilungsdirigenten und der Mitglieder einer Regierung und der dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten zugeordneten Verwaltungsbeamten wird mit einigen Einschränkungen von der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst abhängig gemacht.

Nach längerer Aussprache werden noch weitere Ergänzungen des Gesetzes angeregt und der Entwurf an einen Ausschuss verwiesen. Die Vorlage zur Vereinfachung von Mitteln zum Ausbau von Wasserkraften des Mains und des oberen Quellgebietes der Weser gehen an den Haushaltsausschuss.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, 2½ Uhr: Rothaushalt.

Feuerungsunruhen.

Tote und Verwundete.

tu. Stuttgart, 23. Juni. Wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, ist es bei den gestrigen Feuerungsdemonstrationen im Lande, namentlich in Ulm und Ravensburg, zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In Ulm wurden der Oberbürgermeister und der Amtmann schwer mißhandelt. Bei dem Sturm auf das Rathaus wurden sämtliche Fenster Scheiben zertrümmert, die Alten auf die Straße geworfen und auf dem Dach eine rote Fahne gehißt. Nachdem die Polizeiwache wieder von dem Rathaus Besitz ergriffen hatte, machten die Anrufer erneute Sturmversuche. Zum Entsatz der Polizeiwache griffen zwei Bataillone Reichswehr ein und säuberten den Platz, wobei es Tote und Verwundete gab. In Ravensburg verurteilten die Demonstranten das Oberamtsgebäude. Auch hier mußte die Reichswehr eingreifen. Es gab einen Toten und 18 Verwundete. In Alsen bemächtigten sich die Demonstranten mit Gewalt des Depots für die Waffen der Einwohnerwehr; alle Waffen wurden gestohlen. Ueber die Herausgabe der Waffen verhandeln die Behörden mit den Aufständischen.

mtb. Stuttgart, 23. Juni. Bei den gestrigen Unruhen in Ulm a. d. Donau wurden, soweit bis jetzt feststeht, acht Polizeiwachleute zum Teil erheblich verletzt. Auf Seiten der Demonstranten sind fünf Tote zu beklagen. Aus Ravensburg werden insgesamt zwei Tote und zwanzig Verwundete gemeldet.

mtb. Stuttgart, 23. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium über den Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand verhängt. Redakteur Körner von der bauerndemokratischen „Schwäbischen Tageszeitung“ ist wegen Aufforderung zum Bürgerkrieg in Nahrungsmitteleinzelhandel oder sonstige Industriebezirke, in denen Unruhen irgendwelcher Art entstehen sollten, in Schutzhaft genommen worden.

Gegen die hohen Lebensmittelpreise in Bayern.

tu. München, 23. Juni. Der Kommunalverbandsausschuss in Miltting, einschließlich der Vertreter der Bauerschaft, beschloß, die neue Milch- und Fleischpreiserhöhung nicht mitzumachen. Es wurde eine Resolution dahingehend gefaßt, daß die bayerische Staatsregierung sofort bei der Reichsregierung Schritte für die Herabsetzung der Viehpreise unternimmt und daß das bayerische Landwirtschaftsministerium die vom 1. 7. ab geplante Erhöhung der Milch-, Butter- und Käsepreise nicht zur Durchführung bringt. Dringend wurde gefordert, daß die Regierungsstellen die Kommunal-

Stils er wiederfam.

Das Ziffen-Blas.

die man aus dieser Zeit habe stehen können, sind umhänge, uns schmeicheln zu machen, sowohl in Bezug auf das Alter, als auch auf die Gesundheit. Der ausschließliche Wert der Lebensmittelpreise in der Wirtschaft wird aber neuerdings angezweifelt, und es

naßverbände nicht mehr vor vollendete Tatsachen stellen, sondern bei Fragen von so einschneidender Bedeutung rechtzeitig die Kommunalverbände gütlich hören.

mtb. Berlin, 23. Juni. Wie der „Abend“ mitteilt, hat der Berliner Magistrat bei dem Ernährungsminister dringende Vorstellungen erhoben gegen die unerträgliche Höhe und weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, die neuerdings in vielen Städten zu schweren Unruhen geführt haben.

Deutsches Reich.

15 Milliarden Fehlbetrag bei den Eisenbahnen.

tu. Berlin, 23. Juni. In einer öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die gestern unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. Wirth stattfand, bezifferte dieser den Fehlbetrag im ordentlichen Budget der Reichseisenbahnen auf 15 Milliarden. Dazu kommt noch der Fehlbetrag der Post. Er benutzte die Gelegenheit, um dem Reichsrat zu sagen, daß wir vor neuen großen Zuwächsen in den Fehlbeträgen ständen, die aus dem Hervorgingen, was die Länder in ihren Besoldungsordnungen verfügt hätten. Die Reichsbesoldungsordnung sei so, ehe sie wirksam werde, aufgehoben durch die weitergehenden Besoldungsordnungen der Länder. Es kommen, so fuhr er fort, ganz exorbitante Mehrbeträge heraus, wenn wir die Reichsbesoldungsordnung umbauen müssen, nach dem, was die Länder getan haben. Außerdem stehen wir vor dem Abschluß eines Lohnvertrages für die Reichseisenbahnen, wobei es sich um gewaltige Forderungen der Organisationen handelt. Das Defizit wird sich durch diese neuen Forderungen noch erhöhen. Es wird Sache des neuen Reichskabinetts sein, dazu Stellung zu nehmen.

Die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit.

tu. Berlin, 23. Juni. Die mehrheitspolitische Fraktion hat, wie das B. Z. hört, beschlossen, die von der Nationalversammlung infolge der Obstruktion der Rechten nicht erledigten Ausschlußbeschlüsse über die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit als Initiativantrag einzubringen und zu beantragen, daß von einer neuen Ausschlußberatung abgesehen werde.

Ein Ultimatum der Krefelder Arbeiter an die Belgier.

tu. Krefeld, 23. Juni. Dem belgischen Kommandeur wurde heute folgendes Ultimatum im Anschluß an die sich zuspitzende Lage überreicht: Die Betriebsverhältnisse des Krefelder Industriegebietes verlangen von der belgischen Besatzung 1. die sofortige Zurückziehung der Truppen, die in der werktätigen Bevölkerung als Wachhabende des Schieberlums aufgestellt werden, auch aus der inneren Stadt; 2. Sühne für die Erschießung und Niedermetzung unschuldiger Passanten, darunter eines 10jährigen Kindes durch belgische Soldaten; 3. Garantie für hinreichende und im Einklang mit den Konventionen im Preis festzusetzende Lebensmittel, widrigenfalls die Krefelder Arbeiterschaft in den Generalstreik tritt, zu dem Sympathieerklärungen des gesamten linken Niederreins vorliegen.

Die Fahrt zur Abstimmung im Osten.

Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Abstimmungsbedingungen der Abstimmungsgebiete von Marienwerder und Allenstein in täglich sieben Sonderzügen während eines Zeitraums von 14 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern. Jeder Stimmberechtigte, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünscht, muß sich durch folgende Papiere ausweisen: 1. durch einen Abstimmungsausweis, ausgestellt von einer dafür zuständigen Kommission, 2. durch einen Personalausweis mit Photographie. Die Abstimmungsausweise werden bei der Kontrolle gestempelt. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden. Die Durchfahrt wird auf der Strecke Königsberg-Dirschau-Marienwerder erfolgen. Die Züge bleiben während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet geschlossen. Den Reisenden ist es verboten, während des Aufenthaltes die Züge zu verlassen. Die Durchfahrt von Stimmberechtigten, die schon vorher in Schleswig von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben, ist nicht gestattet. Die im polnischen Gebiet wohnenden deutschen Staatsangehörigen genießen dieselben Rechte, wie die polnischen Staatsbürger. Die obigen Bestimmungen gelten auch für den Rücktransport der Stimmberechtigten nach erfolgter Abstimmung.

Das Ausland gegen die soziale Ausfuhrabgabe.

tu. Dortmund, 23. Juni. Wie der Telegraphen-Union von mehreren großen Werken des Industriegebietes übereinstimmend berichtet wird, ist das Ausland über die seit dem 10. Mai d. J. erhobene soziale Ausfuhrabgabe sehr verärgert. Da trotz aller Bemühungen eine durchgreifende Revision der Ausfuhrabgabe nicht zu erzielen ist, die Beratungen sich vielmehr nur auf eine mehr oder weniger große Herabsetzung der einzelnen Tarifpositionen erstrecken, droht das Ausland mit Gegenmaßnahmen in Form von Erhöhung der Einfuhrzölle und Erschwerung der Lebensmittelausfuhr.

Ausland.

Die beabsichtigte Zollkontrolle.

mtb. Paris, 22. Juni. Der „Temps“ sagt in einer kurzen Note, man könne sich die Frage der Garantie für die internationale Anleihe so denken, daß die deutschen Zolleinnahmen obligatorisch in die Kasse eines Delegierten des Wiedergutmachungsausschusses abgeführt würden, der sie aber weiterleite und sie nur dann beschlagnahme, wenn Deutschland seine finanziellen Verpflichtungen nicht halten werde. In diesem Falle also würde die interalliierte Kontrolle in die Verwaltung der deutschen Zölle eingreifen.

Generalfreik in Mailand.

mtb. Mailand, 23. Juni. Trotz des gegenteiligen Beschlusses der sozialdemokratischen Vertrauensleute herrscht in der ganzen Stadt der Generalfreik. Die anarchistischen Elemente haben heute morgen die Stadtausgänge besetzt und die Straßenbahnen zur Umkehr in die Hallen gezwungen. Die Fabrikarbeiter konnten infolgedessen ihre Arbeitsstätten nicht erreichen. Der Eisenbahnerausstand dauert an.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

24. Juni.

Ein Post-Jubiläum.

25 Jahre sind es heute, daß das jetzige Postgebäude dem Verkehr übergeben wurde. 25 Jahre, ein winziger Bruchteil im ewigen Kreislauf der Zeiten und doch für die heutige schnelllebige Menschheit eine kleine Ewigkeit. Den meisten Bürgern unserer guten Stadt, selbst denen, die noch um jede Drei-, Fünf- oder Zehn-Pennigmarke — seeliche Zeiten — nach der Post am Bahnhof gehen mußten, ist es heute, als stände das jetzige Gebäude schon seit undenklichen Zeiten an seinem Platz. Wenig erbaut waren (und sind) mit der Verlegung ins Stadttinnere die Bewohner der Ra-

denweg, der Enger-, Diebrocker- und Bänderstraße und der beiden großen Feldmarken, die nun weite Wege machen mußten, um ihre Postkassen los zu werden. Nach der Einweihung des neuen Postgebäudes noch wurden sowohl von diesen Bewohnern, als auch von der Presse die größten Anstrengungen gemacht, um durchzusetzen, daß eine zweite Poststelle beim Bahnhof erhalten bliebe, leider ohne Erfolg. Räume und dergl. wären vorhanden gewesen, auch Geldmittel standen ausreichend zur Verfügung, da der Reichstag für das neue Gebäude 540 000 M bewilligt hatte, durch das Submissionswesen aber eine beträchtliche Summe erspart worden war. Die Post glaubte jedoch nicht nötig zu haben, den Bedürfnissen Rechnung zu tragen und so unterließ sie die angeregte Einrichtung. Heute wäre ein solcher Plan schon in anbetrachter der Kosten und dann — der Postgebühren, vollständig undisputabel. Ein neues Postgebäude hatte also Herford mit dem 24. Juni 1895, ein neuer Geist zog aber nicht mit in das Haus ein. Zur „Einweihungsfeier“ waren von der Oberpostdirektion in den einladenden Personen bestimmt worden, der Bürgermeister und etwa 30 hiesige Kaufleute. Die Presse hatte man überlassen, was zur Folge hatte, daß die Öffentlichkeit in ganzen drei Zeilen von der „Feier“ unterrichtet werden konnte. Auch sonst ging alles nach dem alten Schema weiter. Ständig liefen Klagen ein, daß sich die Post nun einmal nicht daran gewöhnen könne, daß sie den Publikum wegen des sei, sondern immer tue, als sei das Publikum ihr wegen da. Man müsse es fast als Gnade ansehen, dort sein Geld los zu werden. Die guten Herforder Bürger von 1895 haben umsonst geflagt, besser ist auch heute noch nicht geworden und von wegen Geld los werden...!

Die Entwicklung

der Stadtparaffine im Rechnungsjahr 1919.

Der Geschäftsbericht der Stadtparaffine zu Herford für ihr 7. Geschäftsjahr (Rechnungsjahr 1919) weist wiederum recht interessante Zahlen auf.

Die Gesamteinnahmen betrugen im Jahre 1919 155 433 350,32 M, denen an Gesamtausgaben 155 028 450 Mark 13 Pf. gegenüberstehen, so daß sich ein Gesamtgeldumsatz von 310 461 800,45 M ergibt. Gegen das Vorjahr ist dieser Umsatz um 141 761 529,54 M gestiegen. Die Zahl der Kassenbuchposten hat sich von 2512 auf 107 779 M erhöht. Die Summe der Spareinlagen betrug Ende 1918 10 705 842,19 M im Rechnungsjahr wurden neu eingelegt 12 921 935,57 M und an Zinsen zugeflossen 392 810,92 M. Zurückgezahlt wurden im Laufe des Jahres 10 937 372,93 Mark, so daß am 31. Dezember 1919 ein Einlagenbestand von 13 083 215,75 M vorhanden war. Der Einlagenbestand hat mithin eine Vermehrung von 2 377 373,56 M erfahren. Die Zahl der im Umlauf befindlichen Sparbücher betrug 12 384, davon mit Einlagen bis zu 60 M 6591 Stück = 53,22 Proz., von 60 bis 150 M 1196 Stück = 9,66 Proz., von 150 bis 300 M 759 Stück = 6,13 Proz., von 300 bis 600 M 856 Stück = 6,91 Proz., von 600 bis 1500 M 1168 Stück = 9,43 Proz., von 1500 bis 3000 M 768 Stück = 6,20 Proz., von 3000 bis 10 000 M 845 Stück = 6,83 Proz., über 10 000 M 201 Stück = 1,62 Proz. Die Durchschnittseinlage auf ein Sparbuch betrug Ende 1918 867 M, 1919 1056 M.

Eine erhebliche Zunahme hat auch der Scheideverkehr erfahren, ein Beweis für die große volkswirtschaftliche Bedeutung des bargeldlosen Geldverkehrs. Der Bestand an Scheideeinlagen betrug Ende 1918 2 384 152,51 M. Der Zugang im Rechnungsjahre belief sich auf 40 197 611 Mark 85 Pf. An Zinsen wurden zugeflossen 76 520,79 Mark. Die Rückzahlungen betrugen 39 488 164,93 M, so daß Ende 1919 ein Scheideeinlagenbestand von 3 170 120,22 Mark verblieb.

Auf dem Hypothekemarkte wurden infolge des Darniederliegens der Bautätigkeit keine nennenswerten Umsätze erzielt. Dagegen gelangte mehr Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren und Schuldbuchforderungen zur Ausgabe. Infolge des inzwischen eingeführten Depotzwanges hat sich die Zahl und die Summe der Hinterlegungen ganz außerordentlich erhöht. Infolgedessen ist für diese Abteilung ein besonderer, banktechnisch vorgebildeter Beamter angestellt worden, der den Kunden bei allen einschlägigen Fragen mit Rat und Tat zur Hand gehen kann.

Von dem erzielten Reingewinn wurden 45 000 M auf Kursverluste abgeschrieben, weitere 45 000 M konnten in den Baufonds gelegt werden. Der Rest von 44 253,12 M wurde an den Reservefonds abgeführt, der nunmehr eine Höhe von 307 046,35 M erreicht hat.

Weiter brachte das Rechnungsjahr für alle Sparkassen die Aufhebung der Schweigepflicht gegenüber der Steuerbehörde, eine Maßnahme, die kaum dazu angetan sein dürfte, die Sparlust zu fördern, obwohl die Spartätigkeit und die damit verbundene Kapitalvermehrung gerade jetzt dringend notwendig sind, wenn wir aus dem Elend wieder herauskommen wollen.

— Das Wetter am Freitag: Zunehmend bewölkt, warm, Regen, vielfach Gewitter.

— Johannistag. Der Johannistag (24. Juni) gilt als die Wende des Jahres: die Natur steht auf ihrem Höhepunkt. Nach Johanni geht es abwärts, sagt das Volk; die Früchte reifen, und das erste weisse Laub fällt vom Baume. In vorchristlicher Zeit feierte man im Norden am Johannistag das Fest der Sommerjonnemende (Sonnenwendfest oder Mittsommerfest), und viele davon haftende Gebräuche stammen aus heidnischer Zeit. So namentlich das Johannissbad, die Blumenopfer an die Flüsse und die Johannisfeuer, die noch heute in vielen Gegenden am Vorabend angezündet werden und früher oft unter Teilnahme der Obrigkeit auf Markt- und Spielplätzen üblich waren. Man tanzte singend um sie herum, sprang durchs Feuer, um sich von allen bösen, tranken Stoffen zu reinigen, und warf nicht nur Blumen und Kräuter in die Flammen, sondern auch Pferdeköpfe, Knochen und selbst lebende Tiere, die einst als Opfergaben gedient haben. In Skandinavien wird die ganze helle Nacht von dem jungen Volke durchjubelt. In sehr hübscher Weise hat ein moderner Drama-

tiker, Hermann Sudermann, in seinem Drama „Johannisfeuer“ den Zauber der Johannisnacht dargestellt.

— r. Stetig wachsende Aufmerksamkeit zieht die übermorgen zu eröffnende Gewerbe- und Nahrungsmitteleinstellung verbunden mit Gastwirtschaftsmesse in Rheinland-Westfalen und den angrenzenden Provinzen auf sich. Aus den entferntesten Orten laufen zahlreiche Besuchsanmeldungen ein, so aus Hamburg, Halle, Münster, Düsseldorf, Bochum, Essen u. a. Aus Gelsenkirchen allein sind auf einen Tag 165 Besucher gemeldet. Es muß dies als ein Beweis dafür aufgenommen werden, daß die bisher in Herford veranstalteten Messen und Ausstellungen, die stets nur das Beste boten, große Anlauf gefunden haben, sodaß man, und mit Recht, erwartet, daß auch die jetzige Veranstaltung sich auf gleicher Höhe wie die früheren bewegen wird. So großzügig wie die letzte Ausstellung 1910 ist die diesjährige zwar nicht, fñhn darf aber behauptet werden, daß die Erwartungen der Besucher durch die Gediegenheit und Mannigfaltigkeit der Messe übertroffen werden.

— Die Deutsch-Demokratische Partei, Ortsgruppe Herford (Verein Walbes), hält morgen, Freitag, abend 8 Uhr im Saale des Herrn Kropp, Unter den Eichen, eine Generalsammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat des Herrn Abg. Kuhnle über „Die Befähigung der demokratischen Politik durch die jetzige politische Lage“ mit anschließender Aussprache. Es ist Pflicht aller Demokraten, vollständig zu erscheinen. Im übrigen verweisen wir auf die Anzeige.

— Keine Beschränkung des Fremdenverkehrs. Das Kriegswirtschaftsamt teilt mit: Der Herr Kommissar für Volksernährung hat entschieden, daß weder von ihm noch vom Herrn Reichsernährungsminister beabsichtigt ist, für die kommende Reisezeit weitergehende Beschränkungen des Fremdenverkehrs eintreten zu lassen, als sie durch die bisher gültigen Bestimmungen getroffen sind.

— Zuschneide- und Anfertigungskursus. In den nächsten Tagen findet im Hotel zur Post, Hämelingstraße, ein Zuschneide- und Anfertigungskursus für Frauen und Töchter statt. Alles Nähere aus der Anzeige ersichtlich.

— Was muß unsere reifere Jugend über die Geschlechtskrankheiten wissen? Auf den Vortrag über vorstehendes Thema, den der bekannte Sexualtheoretiker Sanitätsrat Dr. Wentz morgen abend in der Aula des Friedrich-Gymnasiums halten wird, weisen wir nochmals ganz besonders hin.

— Promenadenkonzert. Heute, Donnerstag, abend findet auf dem Alten Markt Promenadenkonzert des städt. Orchesters statt.

— Steuerabzug vom Lohn. Das Reichsfinanzministerium, das selbst über die Schwierigkeiten des neuen Reichseinkommensteuergesetzes in Verzeßung zu geraten scheint, gibt schon wieder ergänzende Bestimmungen über die Zuständigkeit bei unmittelbarer Ueberweisung des vom Arbeitgeber für die Einkommensteuer einbehaltenen Arbeitslohnes vom 16. Juni 1920 heraus. Nach § 12 Abs. 1 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 — Zentralblatt für das Deutsche Reich, S. 832 — kann dem Arbeitgeber gestattet werden, statt der Einzahlung des einbehaltenen Betrages durch Steuermarken die Einzahlung unmittelbar in bar oder durch Ueberweisung an die Steuerbehörden vorzunehmen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer zuständig ist. Um Arbeitgebern mit zahlreichen in mehreren Gemeinden wohnhaften Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierdurch folgendes verordnet: Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und sind für die Erhebung der von ihnen zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden zuständig, so ist der Arbeitgeber berechtigt, den einbehaltenen Betrag an die für die Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn sonst zuständige Finanzkasse abzuführen. In diesen Fällen hat der Arbeitgeber die Nachweisung — Muster 3 —, und zwar in dreifacher Ausfertigung bei derselben Kasse einzureichen. Die Nachweisung ist einseitig zu beschreiben und so einzurichten, daß die einzelnen Abschnitte ohne Abschriftnahme auf die Finanzämter verteilt werden können. Die für die Erhebung der Einkommensteuer der Arbeitnehmer in Betracht kommenden, die einzelnen Arbeitnehmer sind tunlichst nach Wohnorten zusammenzufassen. Die Finanzkasse hat die Nachweisung dem für sie zuständigen Finanzamt abzugeben. Das Finanzamt trennt die Abschnitte und leitet sie an die für die einzelnen Arbeitnehmer zuständigen Finanzämter weiter.

— Keine Bierpreishöhung. Nach einer Mitteilung des Präsidiums des Sächsischen Brauerbundes wird an eine neue Bierpreishöhung nicht gedacht. Die Brauereien sind im Gegenteil davon überzeugt, daß eine Erhöhung des Abfahes nur durch eine Verbesserung des Bieres und durch Herabsetzung der Preise erfolgen kann.

— Vorläufig keine Verkürzung der Brotration. Das Lebensmittelamt schreibt uns: Die Brotration wird in der laufenden Woche unverändert ausgegeben. Es ist dem Lebensmittelamt gelungen, die erforderlichen Mehlmengen für diese Woche in Maismehl, Bohnenmehl und Weizenmehl bereinzubekommen. Ueber die weiteren Aussichten in unserer Brotversorgung kann Bestimmtes nicht gesagt werden, jedoch ist es sehr wahrscheinlich, daß die Schwierigkeiten bis zur neuen Ernte bestehen bleiben.

— p. Erledigung von Bauanträgen. Von der Baupolizeibehörde wird uns geschrieben: In letzter Zeit wurde wiederholt mündlich darüber klage geführt, daß die Baupolizeibehörde den eingereichten Bauanträgen nicht entspreche und daß die Bauanträge im allgemeinen nicht mit der gebotenen Eile behandelt würden. Hierzu wird bemerkt, daß, wie bereits in der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1919 mitgeteilt, alle Anträge, die sich nicht auf Wohnungen beziehen, die mit staatlichen Zuschüssen gebaut werden, dem Bezirks-Wohnungskommissar (Regierungspräsident-Minden) zur Entscheidung vorzulegen sind, wodurch sich eine gewisse Ver-

ögerung nicht vermeiden lassen. In der Befreiung dieses in den meisten gerechten Bauanträgen sind die Antragssteller anträge vorzulegen. Nachfragen nicht.

Wichtig.

gelesen vom 20. Altersrenten an erhöht, also bei der nächsten, die auf die Witwenrenten die Quittungen nicht 15 M Zulage ausgestellt. Weiterum Rentenerhöhung und Kriegsschuld kürzlich verhöfend höhere, aber bis zum 1. d. d. Demnach wie bisher über die Kriegswirtschaftslage auszufüllen über einen hoh gezahlt werden nächsten Zahlung 20. v. Mts. sind. Rentenzulage. Diese Zulagen Empfangsberechtigt, versicherungsfähig für die Zeit bis zum 31. d. bis zum Empf der Rente selbst.

Bom.

ischen Glaubens, deutschen Juden nachfolgende Erklärung zu: D über Palästina Mehrheit der d lande nichts kulturell und volles. Diese Menschenpflicht darauf abziel allerorten und gen Glaubenszigen Verhältnis.

W.

Schäfer, 2. Nach in der Stimm gen eine neue Z gen der Welle i Grund zu kommen Zementblock, in fcheibe auseinander. Röhre in um eigenen Anbruch Haus erfolgen.

Page, 23. J. soll das Pfund festst haben.

b. Detmold, hatten sich am 2. Hausen, der 24. Kaufmann Baste waltstätigkeiten g ten waren mit 4. vember 1919, n Gehzettel an den hunden waren, d an die Schaufel nicht in die Wä unterrichtet. D mit den Juden! Frage, der die hatte. Die bei Zettel angeheft das Aufheben ein angeheft zu hal früheren Stabs mold angeheft des § 130 des S den gefährdende Gewalttätigkeiten. Strafe bis zu 600 für erwiesen. Geldstrafe und reizung zu Gew reiben“ erblickt.

Aus Na.

Seite, 22. J. am hiesigen Baupolizeiamt. Die Polizei hat die Suche. Kraft so lassen und verfu gischen Zupacker Pakete zu erlan

Sp.

Johannis-
ft.
die über-
hrung
Provinzen
reiche Be-
e, Münster.
rchen allein
s muß die
die bisher
lungen, die
nden haben,
die jegige
rühren be-
stellung 1910
er behauptet
ach die Ge-
übertrifft
Gruppe Her-
abend 8 Uhr
eine Gen-
ndung steht
„Die Recht-
jegige poli-
tisch ist
im übrigen
gehes. Das
nmissar für
in ihm noch
nicht sei, für
stungen des
ach die bis-
n den näch-
ingerstraße,
Frauen und
sichtlich.
Geschlechts-
vorstehendes
tätärat Dr.
h-Gymnasti-
sonders hin-
tag, abend
des städt.
finanzmini-
des neuen
zu geraten
ungen über
des vom
ten Arbeits-
Abt. 1 der
er Eintom-
das Reich-
liche Reich,
en, statt der
Steuermar-
durch Leber-
die für die
en Eintom-
zahlreichen
ehmern die
wird hier-
Arbeitsgeber
hebung der
er mehrere
ber berech-
etriebsstätte
r ihn sonst
Fällen hat
, und zwar
inzureichen.
so einzu-
chriftnahme
die für die
ner in Be-
nd tunlichst
ngasse hat
amt abzu-
nd leitet sie
en Finanz-
Mitteilung
ird an eine
ereren sind
ng des Ab-
und durch
tion. Das
ird in der
ft dem Re-
mengen für
Weizenmehl
in un-
gt werden,
ierigkeiten
Baupolizei-
e wieder-
upolizei-
e und daß
otenen Gile
wie bereits
mitgeteilt,
ziehen, die
-Bezirks-
den) zur
ewisse Ver-

Wagerung nicht vermeiden läßt. Wenn größere Verzögerungen in der Behandlung der Bauanträge eintreten, so liegt dies in den meisten Fällen an der Unvollständigkeit der eingereichten Bauanträge. Unnötige und zeitraubende Rückfragen sind dann unvermeidlich. Im eigenen Interesse der Antragsteller empfiehlt es sich deshalb, nur solche Bauanträge vorzulegen, die in allen Teilen vollständig sind und Rückfragen nicht mehr erfordern.

Wichtig für Rentenempfänger. Durch das Reichsgesetz vom 20. Mai 1920 sind die Invaliden-, Kranken- und Altersrenten um monatlich 10 M mit Wirkung vom 1. Juli an erhöht worden. Die Empfänger dieser Renten müssen also bei der nächsten Rentenzahlung mit Quittungen erscheinen, die auf die Rente nebst 30 M Zulage lauten. Bei den Witwenrenten beträgt die Erhöhung monatlich 5 M und die Quittungen müssen demnach auf den Betrag der Rente nebst 15 M Zulage lauten. Wenn die Quittungen nicht richtig ausgestellt sind, müssen sich notwendig bei der Auszahlung Weiterungen ergeben. Keinen Anspruch auf diese Rentenerhöhung haben insbesondere die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die demnach auf Grund des kürzlich veröffentlichten Reichsverfügungsgesetzes ganz bedeutend höhere Bezüge erhalten als bisher. Sie bekommen aber bis zum Jahresabschluß noch die früheren Rentenzulagen. Demnach haben die Kriegsinvaliden die Quittungen wie bisher über den Rentenbetrag nebst 20 M Zulage und die Kriegswitwen über den Rentenbetrag nebst 10 M Zulage auszustellen. Wenn ihnen auf Grund von Quittungen über einen höheren Zulagenbetrag dieser bei der Post ausgezahlt werden sollte, würde das zu viel gezahlte bei der nächsten Zahlung abgezogen werden. Durch das Gesetz vom 20. v. Mts. sind auch für die Waisen, die nicht Kriegswaisen sind, Rentenzulagen von monatlich 10 M eingeführt worden. Diese Zulagen werden aber erst ausgezahlt, nachdem den Empfangsberechtigten besondere Nachricht von der Landesversicherungsanstalt zugegangen ist, und zwar nachträglich für die Zeit vom 1. Juli ab. In ihre Quittungen ist also bis zum Empfang dieser Nachricht nur der Monatsbetrag der Rente selbst einzustellen.

Dom „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, Ortsgruppe Herford, der die Mehrheit der deutschen Juden zu seinen Mitgliedern zählt, geht um die nachstehende Erklärung mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu: Die politischen Vereinbarungen in San Remo über Palästina haben an der Stellung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Juden im und zum deutschen Vaterlande nichts geändert. Sie fühlen sich staatsbürgerlich, kulturell und national wie bisher als Glieder des deutschen Volkes. Diese Tatsache hindert uns nicht, aus Juden- und Menschenpflicht an allen Bestrebungen mitzuarbeiten, die darauf abzielen, menschenwürdige Lebensbedingungen allerorten und insbesondere in Palästina für alle diejenigen Glaubensgenossen zu schaffen, die in ihren gegenwärtigen Verhältnissen nicht leben können.

Nippische Freistaaten.

Schömar, 23. Juni. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Firma Kiemer, Lindheim u. Co. Vor etwa 8 Tagen war eine neue Transmissionswelle eingebaut worden. Das Schlagen der Welle veranlaßte Herrn Lindheim, der Ursache auf den Grund zu kommen. In dem Augenblick des Nachsehens flog der Zementblock, in dem die Welle eingelegt war, und die Kiemerschleife auseinander. Von Stücken der Kiemerschleife wurde Herr Lindheim am Gesicht erheblich verletzt und trug außerdem noch einen Armbruch davon, so daß die Überführung in das Krankenhaus erfolgen mußte.

Tag, 23. Juni. Bei der Kirchenverpachtung auf dem Berge soll das Pfund Kirchengeld je nach Qualität 1 M bis 150 M gekostet haben.

Detmold, 24. Juni. Vor dem Schöffengericht in Detmold hatten sich am Mittwoch der 30jährige Kaufmann Fischer-Friesenhausen, der 24jährige Handlungsgehilfe Resting und der 20jährige Kaufmann Bährerfeld, alle aus Detmold, wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden zu verantworten. Die Angeklagten waren mit Hilfe eines Polizeispitzels in der Nacht zum 1. November 1919, nachdem einige Tage vorher bereits antisemitische Fehlgelbte an den Häusern, Schaufenstern usw. in Detmold aufgefunden waren, dabei ertappt, wie sie neue Zettel folgenden Inhalts an die Schaufenster klebten: „Christenketten, schickt eure Kinder nicht in die Volksschule, an der ein jüdischer Prediger als Lehrer unterrichtet. Der Fluch eurer Kinder komme über euch! Nieder mit den Juden!“ Als Hauptperson kam der Kaufmann Fischer in Frage, der die beiden anderen Angeklagten zu der Tat angestiftet hatte. Die beiden letzteren hatten dann, nachdem sie den ersten Zettel angeklebt und Kenntnis von dem Inhalt genommen hatten, das Aufkleben eingestellt. Auch Fischer behauptete, nur einen Zettel angeklebt zu haben; die anderen sollte der Spitzel, ein Sohn des früheren Stabsoffiziers und Reichskommissars Schleifer in Detmold angefleht haben. Das Schöffengericht hielt den Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuches (Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 M oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft) für erwiesen. Es verurteilte den Angeklagten Fischer zu 200 M Geldstrafe und seine beiden Helfershelfer zu je 50 M. Die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten wurde in dem Satz „Nieder mit den Juden“ erblickt.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Delde, 22. Juni. Letzter Tage wurde, wie die „Globe“ meldet, am hiesigen Bahnhof durch den Gendarmeriewachtmann Rüdiger der Polizeiwachtmann Kraft aus Dortmund festgenommen, der unter dem Schutze der Uniform 45 Pfund Butter durchzuschmuggeln versuchte. Kraft schien nicht geneigt, sich seine Schätze abnehmen zu lassen und versuchte, sich zur Wehr zu setzen. Es bedurfte des energischen Zutuns des hiesigen Beamten, um die Herausgabe der Pakete zu erlangen. Kraft wurde dann abgeführt.

Dortmund, 22. Juni. Am Sonntag morgen wurde der 26jährige Kaufmann Fritz Schulte von dem Hundehändler Heinrich Heitmeier, mit dem zusammen er Gast auf einer Hochzeit war, erstochen. Der Täter wurde kurz vor seiner Flucht nach Düsseldorf auf dem Bahnhof verhaftet.

Mts. Herne, 23. Juni. Der Schultreiß in Herne ist beendet. Zwischen den Eltern und den in Frage kommenden Lehrern ist durch Vermittlung eine Verständigung erzielt worden dahingehend, daß die Lehrer, die mit der Erteilung des Religionsunterrichtes den Boden des Rechts und der Verfassung nicht verlassen haben, aus höheren Gesichtspunkten ihren Antrag auf Beurlaubung bezw. Versetzung freiwillig gestellt haben.

Essen, 22. Juni. Der Betriebsausschuß der Zeche Sälzer Neudorf überreicht der Öffentlichkeit eine Entschließung, in der es u. a. heißt: Die Klagen über ungenügendes Brot, über das vollständige Stocken der Lieferung badischer Weizen nehmen in Bergarbeiterkreisen bedrohlichen Charakter an. Die Tatsache, daß hier in Essen an die schwerarbeitende Bevölkerung ein undefinierbares, gesundheitsgefährliches Brot ausgegeben wird, erregt die Gemüter außerordentlich. Die Bergarbeiter haben in den letzten Monaten gezeigt, daß sie durch Verlassen von Ueberbischichten und ansehnliche Steigerung der Förderung gewillt sind, der Allgemeinheit Opfer zu bringen. Von morgens 5 Uhr bis abends 5 Uhr, also volle 12 Stunden, müssen sie bei ihrer schweren Arbeit während der Ueberbischichten vom dem Mißgeschick — in Essen Brot genannt — leben. Die Folgen davon sind, daß die Bergarbeiter bis zu 20 Prozent an Magenbeschwerden leiden, arbeitsunfähig werden und unsere Förderung von Tag zu Tag zurückgeht. Die Lage ist noch bedrohlicher. Die Bergleute erklären, in Kürze die unterhalb Schichten nicht verlassen zu wollen, wenn unser Brot nicht besser wird.

Eberhausen, 22. Juni. In der vergangenen Woche überfiel ein Eisenbahnwächter auf dem hiesigen Güterbahnhof einen Mann bei der Verabreichung eines Waggons. Durch eiliges Aufstehen der Waggontür wurde der Dieb gefangen. Es war ein Mangierers namens Schürmann. Infolge der angeordneten Untersuchung wurden bis jetzt 16 Eisenbahnbeamte des hiesigen Güterbahnhofes festgenommen. Die Untersuchung scheint noch weitere Kreise zu ziehen.

Köln, 22. Juni. Erschossen wurde am Samstagabend der 25jährige Schwerverbrecher Paul Krima in der Seeringstraße von Kriminalbeamten, die in der Notwehr erst dann von der Waffe Gebrauch machten, nachdem einer der Beamten durch einen Bauchschuß schwer verwundet war. Der an der Schießerei auf die Beamten beteiligte Bruder des Erschossenen, Bernhard K., ebenfalls ein vielfach vorbestrafter Verbrecher, ist leider entkommen.

Düsseldorf, 22. Juni. Wegen umfangreicher Zuckerschuldungen wurde der Süßwarenhersteller Rembold und der Stuckateur Schiffer aus Kapellen vom Schwurgericht zu drei Jahren bezw. drei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten hatten vier Waggons Zucker, die für verschiedene Gemeindeverwaltungen bestimmt waren, mit gefälschten Frachtbriefen nach Düsseldorf geleitet, wo der Zucker als Auslandszucker abgesetzt wurde. Schiffer hatte für die vier Waggons 352 000 M erhalten, wovon er 90 000 M an Rembold abgab. Die Eisenbahn muß den Schaden, der eine Million Mark beträgt, ersetzen.

Erzer, 23. Juni. Im hiesigen Gefängnis brach eine Revolte aus, bei der die Aufseher ihrer Waffen beraubt und zum Teil verletzt wurden. Zwei der Meuterer sind unter Mitnahme von Waffen entkommen.

Dorsten, 22. Juni. In der Nacht zum Samstag gelang es 6 Gefangenen des hiesigen Amtsgerichtsgefängnisses, zu entweichen. Mit einem gezackten Küchenmesser, das sie beiseite zu schaffen vermochten, füllten sie während der Nacht Stäbe der Fenstervergitterung durch, die sie dann umgebogen und durch die gewonnene Öffnung ins Freie gelangt sein.

Sann-Münden, 23. Juni. Einen tollkühnen Fluchtversuch unternahm zwei in einem Personenzug Hannover-Kassel befindliche Schwerverbrecher. Sie hatten, unbekannt von ihrem Wärter, den Fußboden des Gefangenewagens durchsägt und hängten sich an die Achse unter den Zug, aufsteigend in der Absicht, zwischen Gedecklen und Münden, wo der Zug wegen der scharfen Kurve langsam fahren muß, auf diese lebensgefährliche Weise ihre Freiheit zu gewinnen. Der in einem anderen Wagen des Zuges sitzende Privatdetektiv G. bemerkte die beiden und zog die Kollene. Darauf ergriffen die Verbrecher die Flucht. Während einer entkam, wurde der andere gefaßt und der Zug fuhr weiter.

Mts. Hindenburg, 22. Juni. Gewaltige Arbeitermassen aus dem Ort und dem Kreise Hindenburg begaben sich zu der interalliierten Kommission, um gegen den zehnprozentigen Steuerertrag zu protestieren. Der interalliierte Kreiskontrollleur teilte mit, daß die interalliierte Kommission sich bereits wegen der Außerachtlassung des Lohnabzuges mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt habe.

Ein Munitionslager in die Luft geflogen.

Mts. Mainz, 23. Juni. Ein großer Teil des Artillerie-Munitionslagers Hlberborn, an der Straße Mainz-Ringen ist heute Nacht in die Luft geflogen.

Ein Polizist erschossen.

Mts. Jülich, 23. Juni. Auf offener Straße niedergeschossen wurde gestern im benachbarten Reichenberg ein Polizist, als er einen unbekannten Mann, der gestohlene Wäsche verkaufte, festnehmen wollte. Der Verbrecher feuerte zwei Schüsse gegen den Beamten ab, von denen einer in die Brust traf. Es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Der Verbrecher entkam, indem er seine Verfolger mit dem Revolver in Schach hielt.

Das neue Berlin die größte Stadt der Welt.

In dem ursprünglichen Gesetzentwurf für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin war die Fläche der neuen Stadtgemeinde mit 756 Quadratkilometer angegeben. Nachdem die preussische Landesversammlung sowohl im Osten wie im Westen die umfangreichen Dauerwälder des Zweckverbandes in das neue Berlin einbezogen hat, ist jetzt der Flächeninhalt der Einheitsgemeinde auf nicht weniger als 877,66 Quadratkilometer festgestellt worden. Mit dieser gewaltigen Größe steht die neue Reichshauptstadt an der Spitze aller Gemeinden der Erde. Zum Vergleich sei angeführt, daß New-York 840 Quadratkilometer umfaßt, und erst in weitem Abstand dahinter folgen Paris mit 480 Quadratkilometer, London mit 303 Quadratkilometer und Wien mit 275 Quadratkilometer.

Die Spielbanken in Preußen.

tu. Berlin, 22. Juni. Die R. B. Z. hört, daß vor einigen Tagen im preussischen Ministerium des Innern eine Besprechung

stattgefunden hat, in welcher Vertreter des Bodeortes Swinemünde die Frage der Eröffnung einer Spielbank in Swinemünde aufwarfen. Der Regierungsdirektor erklärte, daß die preussische Regierung an die Bundesregierungen die Anfrage richten werde, ob diese Regierungen in ihren Ländern ein allgemeines Spielverbot erlassen wollten. Schon heute könne gesagt werden, daß die Antwort verneinend ausfallen werde. Daraufhin wird die preussische Regierung ihrerseits die Konzessionen für drei öffentliche Spielbanken auf preussischem Gebiet erteilen und zwar würden dann Konzessionen für je eine Spielbank in Swinemünde, Hamburg v. d. G. und Kolberg erteilt werden.

Kirchen für ... Reichstagswähler.

Auf einen originellen Einfall sind die Behörden von Semmelburg gekommen. Sie haben beschlossen, die ihnen vom Kreise Eisleben zugeteilten Kirchen an die Reichstagswähler zu verteilen. Die Verteilung soll nach der Wählerliste vorgenommen werden, so daß alle diejenigen, die nicht gewählt haben, leer ausgehen. — Hoffentlich ziehen die so Bestraften für die Zukunft aus der Maßnahme ihrer Stadtköralverwaltung die erforderliche Lehre.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Reichsmark in Mark.

Telegraphische Kursabläufe:	23. Juni		22. Juni	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam-Rotterdam	1293,80	1301,81	1313,70	1316,30
Brüssel-Antwerpen	319,70	320,30	306,70	307,30
Genève	631,85	633,15	623,35	623,65
Kopenhagen	609,40	610,61	606,90	603,10
Stockholm	804,20	805,80	798,70	793,30
Helsingfors	172,80	172,19	172,30	172,70
London	229,75	230,25	224,00	224,50
Paris	145,60	145,90	144,85	145,15
New-York	36,75	36,81	36,57 1/2	36,57 1/2
Baris	308,20	308,80	297,20	297,80
Charkow	—	—	—	—
Spanien	—	—	—	—
Wien (alt)	—	—	—	—
do. (Deutsch-Öst. abgeseimp.)	25,97	26,03	26,34 1/2	26,40 1/2
Prag	83,52 1/2	83,72 1/2	83,40	83,60
Budapest	22,22	22,25	21,97	22,03

Enste Reise in der bergischen Textilindustrie.

tu. Köln, 19. Juni. Die Krisis in der bergischen Industrie hat nunmehr auch die Textilbranche erfaßt. In einer Tagung des Sekretariats des christlichen Textilarbeiterverbandes in Remp wurde bekannt gegeben, daß zahlreiche Betriebe die Stilllegung angekündigt haben. Man will zuständigerseits dahin vorkstellig werden, daß alsbald dahin gewirkt werde, einen Preisabbau für Lebensmittel durchzuführen. Wenn in dieser Frage nicht volles Verständnis gezeigt werde, so werde das Sinken der Kaufkraft breiter Volksschichten sich zu einer ersten volkswirtschaftlich-nationalen Gefahr auswachsen.

Aufhebung des Ausverkaufverbotes für Textilwaren.

In den Kreisen der Textildetaillisten wird zur Zeit sehr lebhaft die Frage erörtert, ob nicht eine Aufhebung des bestehenden Ausverkaufverbotes für Textilwaren am Platze sei, um Preisüberabhebungen der Textilgeschäfte zu erleichtern. Der Verband deutscher Wäschegehilfen hat sich jedoch, wie die „Textilwoche“ erfährt, gegen eine Aufhebung des Ausverkaufverbotes erklärt und sich auch gegen ausverkaufliche Anpreisungen ausgesprochen. — Das Konsumanteninteresse und das Interesse der mit teuer eingekauften Waren belasteten Geschäfte gehen in diesem Punkte naturgemäß auseinander. Ob eine Ausverkaufserlaubnis nötig und möglich ist, muß die Weiterentwicklung der gegenwärtigen Geschäftskrisis ergeben.

Der Preissturz in Amerika.

Nach einer Drahtmeldung berichtet die „World“ über den rapiden Preissturz in Amerika. Hiernach sind Herrenkleider von 60 Doll. auf 28 1/2 Doll. und Damenkostüme von 80 auf 50 Doll. gesunken. Damenschuhe, die vor kurzem noch 20 Doll. kosteten, sind auf 11 1/2 Doll. herabgesetzt worden. Ein großes Modegeschäft in Boston hat seine sämtlichen Preise um die Hälfte ermäßigt, ein bedeutendes Schuhgeschäft in San Francisco verkaufte an einem einzigen Tage sein gesamtes Lager aus, nachdem die Preise um 48 Proz. herabgesetzt worden waren. In Philadelphia setzten alle Geschäfte ihre Preise um 20 bis 40 Proz. herab. In Omaha haben die Magazine einen allgemeinen Preisabschlag bis zu 50 Proz. vorgenommen. In Cincinnati sind die Preise um 75 Proz. zurückgegangen.

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 23. Juni.

Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse: Safer per 1000 kg auf Abladung 2280—2240 M. ab Station. Tendenz stetig. Richtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg ab Station:

	23. 6.	22. 6.		23. 6.	22. 6.
Wittoriaerbsen	120-150	120-150	Stroh, gepreßt	8 1/2-9 1/2	8-9
- gelb, u. grün.	100-125	100-125	- gebünd.	8-9	7 1/2-8 1/2
Bohnen, weiße	—	—	Munkelrüben	—	—
Reis, weiß	85-95	85-95	Kohlrüben, gelbe	—	—
Adorbohnen	85-95	85-95	- weiße	—	—
Widen	65-75	65-75	Teodenschnitzl	53-60	57-68
Wupfen, gelbe	50-65	40-65	- Rat. Stößen	90-95	95-100
- blaue	40-50	40-55	Kostler, inländ.	—	—
Serradella	40-50	42-50	Wohren, rote	—	—
Sen, liole	18-20	18-20	Buchweizen	—	—

Sib Deint
Grenz-Spende
für die Volksabstimmung
dem
Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
Berforder Zeitung für Stadt und Land
Remmstraße 29/31.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Sparo-Waschpulver! — Friedensqualität.

